

Vasilij Christoforov

Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946–1949

Eines der zentralen Probleme der Nachkriegsregulierung, an deren Lösung die Partner der Anti-Hitler-Koalition arbeiteten, war das Schicksal Deutschlands. Die Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 stattfand, legte die Schwerpunkte der Deutschlandpolitik, die neue Grenze sowie die Höhe und die Quellen der Reparationszahlungen fest. Die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich machten sich an die Neuordnung Deutschlands, hatten aber anfangs abweichende Vorstellungen von der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung des Landes. Daher war auch die Ausrichtung des Wiederaufbaus in der östlichen und westlichen Besatzungszone unterschiedlich.

Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg hatte Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs gebracht. Die riesigen Verluste an Menschenleben, die zerstörte Industrie und Infrastruktur sowie das zerstörte Energieversorgungssystem, die nicht mehr funktionierenden Finanzströme und die Herrschaft des „Schwarzmarktes“ wirkten sich nachteilig auf die Stimmung in der Bevölkerung aus. Unter den Deutschen gab es Verbitterung, Angst vor der Ungewissheit und eine fehlende Bereitschaft, sich am innenpolitischen Leben des Landes zu beteiligen.

Eine große Rolle bei der Bildung des Massenbewusstseins der Menschen spielte die nationalsozialistische Propaganda des „Dritten Reiches“, die die Nation dazu aufgerufen hatte, sich gegen die drohende Gefahr der anrückenden Roten Armee zusammenzuschließen. Die Bürger wurden über die Zukunftsaussichten unter einem Sowjetregime aufgeklärt: massenweise und grausame Ausrottung des deutschen Volkes oder Verschickung nach Sibirien.

Der Berliner Albert Winkau erzählte im Bekanntenkreis: „Die Nazi-Rädelsführer sagten uns, dass bei der Ankunft der Roten Armee 90 % der deutschen Bevölkerung unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei erschossen würde, der Rest würde nach Sibirien gebracht. Jetzt sehen wir das genaue Gegenteil. Mit der Ankunft der Roten Armee konnte sich die deutsche Bevölkerung von der Verlogenheit der Nazi-propaganda überzeugen. Die Führung der Roten Armee hat schnell für Ordnung in der Stadt gesorgt.“¹

¹ Central'nyj archiv Federal'noj služby bezopasnosti Rossii (künftig: CA FSB Rossii), f. 67, op. 1, d. 106, l. 215.

Der Untergang der einstigen Großmacht wurde von vielen Deutschen als persönliche Tragödie empfunden. Daher stieg die Zahl der Selbstmorde sowie der Versuche, die Heimat zu verlassen und aus den Städten in die Wälder umzusiedeln, abrupt an. Die Menschen sahen keine Perspektiven für das Fortbestehen des Staates und keine Möglichkeit, zum Wohle des Landes und der Familien zu arbeiten. Es darf auch nicht vergessen werden, dass bei vielen Einwohnern Deutschlands nahe Verwandte – Söhne, Ehemänner, Brüder – im Kampf mit der Roten Armee umgekommen und in Massengräbern in der UdSSR bestattet worden waren.

In dieser Situation rief die Ankunft der sowjetischen Truppen in Deutschland bei der lokalen Bevölkerung panische Angst, latente Feindseligkeit und ein Gefühl der Resignation hervor. Es gab keine Informationen über die Zukunft bestimmter Gebiete und der dort lebenden Bevölkerung sowie über die Möglichkeit, lebenswichtige Fragen zu entscheiden. In den Städten breiteten sich Hunger, Krankheiten und Kriminalität aus.

Die Arbeit der von der Führung der Roten Armee in Ostdeutschland eingerichteten Kommandanturen erhöhte das Vertrauen der Deutschen in die Militärbehörden. Aber aus durchaus verständlichen Gründen blieben die Stimmung in der Bevölkerung nach wie vor misstrauisch und abwartend, obwohl schon bei Kriegsende vielen deutschen Bürgern klar wurde, dass die Rote Armee nicht vorhatte, die friedliche Bevölkerung zu vernichten, sondern im Gegenteil bestrebt war, eine strenge Ordnung für den Aufbau des alltäglichen Lebens im Land zu errichten.

Die Deutschen selbst unterstützten die sowjetischen Vertreter bei der Suche nach NS-Verbrechern, der Eröffnung unterschiedlichster Betriebe, Vorratslager², Metzgereien und Bäckereien. Allerdings verlief der Aufbau der zivilen Verwaltungsbehörden schwierig, und die politische Aktivität der Massen blieb praktisch minimal.

Die Organe der sowjetischen militärischen Spionageabwehr berichteten: „Es gehen weiterhin Unterlagen ein, die von einer grundlegenden Änderung der Meinung und der Beziehungen der meisten Einwohner Berlins gegenüber der Roten Armee und der Sowjetunion zeugen.“ Es wurden überaus viele positive Äußerungen von Deutschen über die sowjetischen Besatzungsbehörden zitiert: „Es ist unser Glück, dass wir auf einem von den Russen besetzten Gebiet leben. Wir werden jetzt sehr gut versorgt, viel besser als unter Hitler. Alles wird schnell in Ordnung gebracht. Das Verhalten der Russen kann durchaus als vorbildlich gelten.“³

Am 6. Juni 1945 erschien die Anordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Errichtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Einen Monat später wurden die sowjetischen Militäradministrationen der Länder und Provinzen für die Verwaltung der Gebiete und die Ausübung der Kontrolle über die Arbeit der örtlichen Selbstverwaltungsbehörden errichtet. Am 10. Juni 1945 wurde aus den drei in Deutschland befindlichen Fronten der Roten Armee die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland geschaffen.

² *Nikita V. Petrov* (otv. red.): *SVAG i nemeckie organy samoupravljenija. 1945–1949*. Moskva 2006, S. 95.

³ *CA FSB Rossii*, f. 67. op. 1. d. 106, l. 221.

Die sowjetischen Nachrichtendienste waren schon seit Beginn des Jahres 1945 in Deutschland breit vertreten: Gemeint sind die Organe der militärischen Spionageabwehr, die mit den Einheiten und Verbänden der Roten Armee vorrückten und in den von den Hitlertruppen befreiten Gebieten ungeheure Arbeit leisteten, operative Gruppen des NKGB der UdSSR im Schienen- und Wasserverkehr, Mitarbeiter der Auslandsaufklärung, Innere Truppen sowie Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee.

Im Januar 1945 wurden bei allen Fronten Bevollmächtigte des NKVD installiert, im Juni Operative Sektoren des NKVD in Ländern und Provinzen organisiert. Die Verwaltung Spionageabwehr „Smerš“ der 1. Belorussischen Front wurde in Verwaltung Spionageabwehr „Smerš“ bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland umbenannt. Einen Monat später wurden bei den Organen der Sowjetischen Militäradministration in allen Ländern und Provinzen „Smerš“-Spionageabwehrabteilungen errichtet.

Die Mitarbeiter der sowjetischen Sicherheitsorgane in Deutschland und die SMAD hatten keinerlei Erfahrung in Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, deshalb bestand ihre wichtige Aufgabe darin, deutsche Verwaltungsorgane einzurichten und ihre Arbeit in die Wege zu leiten. Geeignete Personen für das Amt des Bürgermeisters, Polizeichefs und dessen Stellvertreters, Staatsanwalts oder Richters, aber auch des Ortsvorstehers zu finden, gestaltete sich schwierig, zeigte die deutsche Bevölkerung doch keinerlei Interesse daran, sich an der Verwaltung zu beteiligen. Dennoch gelang es, das Problem der personellen Besetzung der Verwaltungsorgane im östlichen Teil Deutschlands binnen kurzer Zeit zu lösen, woran die Mitarbeiter von NKGB, NKVD und „Smerš“ einen nicht unbedeutenden Anteil hatten.

Nicht weniger wichtig war es, in der deutschen Bevölkerung ein positives Bild der UdSSR und der sowjetischen Militärpräsenz im Land aufzubauen.

„Ich bin begeistert von der Sorgfalt und der Fürsorge, die die Russen zeigen, um ein gegenseitiges Verständnis und eine zukünftige Freundschaft mit dem deutschen Volk zu erreichen“, sagte der Potsdamer Arbeiter Mark Schuhmann. „Alles, was über das Fehlen persönlicher Freiheit unter sowjetischer Besatzung gesagt wird, entspricht nicht der Wahrheit. In der gesamten Verwaltung gibt es eine klare Linie: Jeder Nazi wird gründlich überprüft. Hier wird niemand für das, was er sagt, schikaniert. Es gibt keine alten nationalsozialistischen Tendenzen. Hier in Leipzig geben die sowjetischen Behörden politische Broschüren heraus. Die gut ausgewählten und illustrierten Bücher informieren die Deutschen über das Leben in der UdSSR.“⁴

Ende Mai 1945 berichtete der Leiter der Verwaltung Spionageabwehr „Smerš“ der 1. Belorussischen Front dem stellvertretenden Volkskommissar des Inneren der UdSSR über die Normalisierung der Arbeit von Polizei, Gerichtswesen und Staatsanwaltschaft in Berlin. Aufgrund der Neueröffnung von Geschäften, Restaurants und Cafés wie auch durch die Organisation des Straßenhandels hatte die Handels- und Industriepolizei, die die Registrierung aller Verkaufsstellen durchführte, ein großes Arbeitspensum zu erledigen.

Die Kriminalpolizei nahm Ermittlungen zu Fällen von Raub, Diebstahl, Betrug und Selbstmord auf. Es liefen aktive Fahndungen nach Personen an, die sich als Polizisten

⁴ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 404, l. 258 f.

ausgegeben und bei der Bevölkerung illegal Güter beschlagnahmt sowie Lebensmittelvorräte und Materialdepots konfisziert hatten. Die Aktivitäten dieser falschen Polizisten lösten ernsthafte Besorgnis sowohl bei den russischen Militärs als auch bei der deutschen Zivilbevölkerung aus.

Es häuften sich Vergeltungsmaßnahmen der Bevölkerung an vormaligen NS-Rädelführern. Beispielsweise wurde eine Polizeipatrouille am 26. Mai Zeuge, wie eine Gruppe von Leuten einen Mann an einem Pfahl erhängten und ein Schild mit der Aufschrift „Das ist ein ‚Werwolf‘“⁵ an seinem Körper anbrachte. Die Patrouille versuchte, in die Situation einzugreifen, doch die schwer bewaffneten Täter wiesen sich als Polizisten aus und befahlen der Patrouille unter Androhung von Waffengewalt, sich zu entfernen. Der Erhängte erwies sich als NSDAP-Mitglied, Eigentümer eines Geschäfts und ehemaliger Ortsgruppenleiter, der unter den Bewohnern seines Viertels eine aktive NS-Propaganda betrieben hatte.⁶

Die sowjetischen Organe der Spionageabwehr berichteten, man habe „interessantes Informationsmaterial über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Einrichtung von Polizei- und Gerichtsorganen“ erhalten. „Diesem Material zufolge ist die Mehrzahl der Aussagen positiv. Die Schaffung eines Gerichtswesens und einer Staatsanwaltschaft, wie auch von Polizeiorganen, wird seitens der Bevölkerung als Bestätigung dafür gesehen, dass die öffentliche Ordnung in Berlin wieder vollständig hergestellt wurde.“⁷

Zeitgleich berichtete die Spionageabwehr über den Fortgang der Schaffung von Organen der örtlichen Selbstverwaltung. Im Dokument heißt es, dass „in großen Ortschaften und Städten Mitte Mai 1945 eine Zivilverwaltung organisiert wurde. Man setzte Bürgermeister, Polizeichefs, Richter, Staatsanwälte und andere ein. Für die Berufung in diese Ämter wurden Antifaschisten, ehemalige Kommunisten oder Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sowie parteilose Arbeiter und Intellektuelle (Juristen, Ärzte u. ä.) ausgewählt.“⁸ Mit dem Einzug der Roten Armee in Brandenburg errichtete man umgehend einen Verwaltungsapparat – einen Magistrat mit 15 Abteilungen – und ernannte deren Leiter.

Gleichzeitig wurden Mängel bei der Arbeit der örtlichen Selbstverwaltung festgestellt, die weitgehend auf die Berufung von ehemaligen NS-Aktivisten in leitende Ämter zurückzuführen waren. So blieb beispielsweise in der Stadt Wildau der frühere Bürgermeister, der die Politik der NS-Regierung aktiv unterstützt hatte, im Amt. Um die sowjetische Besatzungsmacht in Verruf zu bringen, stoppte er die Ausgabe von Lebensmitteln an die Bevölkerung, was in der Stadt eine deutlich antisowjetische Stimmung erzeugte. Nachdem die Situation geklärt werden konnte, wurden den Bewohnern die Gründe für die verspätete Verteilung der Lebensmittel erklärt.⁹

⁵ „Èто ‚vervol’fovec“: „Werwolf“ war eine 1944 gebildete nationalsozialistische Sabotage- und Terrororganisation.

⁶ CA FSB Rossii, f. 67, op. 1, d. 106, l. 134 f.

⁷ Ebd., l. 133.

⁸ Ebd., l. 110.

⁹ Ebd., l. 111.

Die Reorganisation der sowjetischen Staatssicherheit im Mai 1946 wirkte sich deutlich auf die Tätigkeit der in Deutschland stationierten Geheimdienste aus. Die gesamte operativ-tschechistische und ermittlungstechnische Arbeit in der sowjetischen Besatzungszone ging zusammen mit dem Agenten- und Informantennetz, den Ausarbeitungen, dem Personal, den Untersuchungshaftzellen und internen Gefängnissen, dem Vermögen, den Gebäuden und den Sachwerten vom Innenministerium (MVD) der UdSSR an das Ministerium für Staatssicherheit (MGB) der UdSSR über.¹⁰

Eine wichtige Aufgabe der Organe des MGB in Deutschland blieb weiterhin das Sammeln von Informationen über die Stimmung in der Bevölkerung hinsichtlich der Ereignisse auf nationaler und internationaler Ebene. Aus verschiedenen Analysedokumenten zu dieser Frage, die von den Mitarbeitern des MGB in verschiedenen Gebieten zusammengestellt wurden, lässt sich schließen, dass sich ein Großteil der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungsmacht und Militäradministration gegenüber loyal verhielt oder ihre Vorhaben unterstützte.

Am 12. Juli 1946 sprachen Fahrgäste in einer Straßenbahn in Erfurt über den Abzug von Einheiten der Roten Armee aus Thüringen. Einer der Gesprächsteilnehmer sagte: „Wir sollten den Russen nicht böse sein, denn haben sie überall in Deutschland keine schlechte Ordnung eingeführt; das merkt man besonders in Erfurt. Die Amerikaner kümmern sich dagegen nicht darum, Ordnung in ihrer Besatzungszone zu machen, wo Willkür und Übergriffe von Militärbehörden gegen die deutsche Bevölkerung an der Tagesordnung sind. Außerdem bekommen wir von den Russen weitaus mehr Lebensmittel als die Bevölkerung in den westlichen Besatzungszonen. Ich denke, wenn die Russen ganz Deutschland besetzt hätten, wäre das Leben der deutschen Bevölkerung besser.“¹¹

Emil Wagner aus Hausenstein sagte zu seinen Arbeitskollegen: „Die Deutschen waren die abscheulichsten Geschöpfe unter allen Völkern der Welt. Wenn in einer Zeitung oder im Radio von den Deutschen die Rede ist, kann man leicht erraten, dass es um unsere Verbrechen auf dem Gebiet anderer Länder geht, die früher von der deutschen Armee besetzt waren. Vor allem gegenüber den Russen haben wir Schuld auf uns geladen, und es ist bezeichnend, dass sich die Russen uns gegenüber nicht so schlimm verhalten.“¹²

Das Schwierigste in Deutschland unmittelbar nach Kriegsende war die Versorgung mit Lebensmitteln. Dieses Problem wurde von den sowjetischen Besatzungsbehörden zuallererst in Angriff genommen. Der nächste Schritt war eine Bodenreform, in deren Ergebnis die Beschlagnahme von Großgrundbesitz und die eine Landzuteilung verkündet wurden. Im Hinblick auf das Ausmaß der durch den Krieg verursachten Schäden war ein Wiederaufbau des Agrarsektors im Land verständlicherweise nicht von heute auf morgen möglich. Mit der äußerst tatkräftigen Hilfe der sowjetischen Behörden konnten die wichtigsten Probleme der deutschen Bauern jedoch gelöst werden: Die Bauern erhielten Land, Vieh, Ausrüstung und Gebäude, bauten neue Häuser und bekamen die Möglichkeit, ihre Felder gegen geringes Entgelt mithilfe von Maschinen zu bestellen.

¹⁰ *Nikita V. Petrov, Jan Fojtcik* [Foitzik] (sost.): *Apparat NKVD-MGB v Germanii. 1945–1953*. Moskva 2009, S. 13.

¹¹ CA FSB Rossii, f. 46, op. 4, d. 178, l. 3.

¹² Ebd., l. 75.

Alle Maßnahmen der SMAD wurden in der deutschen Bevölkerung erörtert. Das Stimmungsbild der Deutschen wurde festgehalten und von den Organen des MGB einer gründlichen Analyse unterzogen, die Informationsdokumente über die Reaktion der Bürger des Landes auf verschiedene Ereignisse verfassten.

Otto Rettling aus Teicha war überzeugt: „In unserer Zone wurde die Bodenreform vollständig durchgeführt und das Land von Großgrundbesitzern und führenden Nazis beschlagnahmt. Große Anwesen wurden aufgeteilt und jeder, der wollte, konnte Neubauer werden und bekam etwa 20 bis 30 Morgen Land zugeteilt. Das Land wird an alle kostenlos als ihr Eigentum laut Urkunde übertragen. Beschlagnahmte Betriebe werden von den Arbeitern geführt, und die Arbeiter der anderen Betriebe werden von Betriebsräten gelenkt, die zum Wohle des Volkes arbeiten und nicht um des Profits willen.“¹³

Ein Einwohner aus Halle namens Hagen bekräftigte: „Hauptsache ist, dass die Bausteine für die Zukunft richtig gelegt sind, und darin besteht der Unterschied zwischen der Ostzone und den Westzonen. Wir machen alles bereit für den Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft, während dort kapitalistische Kreise das Sagen haben. Sie erkämpfen sich ihre verlorenen Positionen zurück. Das Wichtigste, was in unserem neuen Staatsgebäude durchgeführt wird, ist die Bodenreform, die alle Feudaljunker vertrieben hat. Die Großkapitalisten und Großbankiers wurden enteignet, und das verschafft uns eine Vormachtstellung gegenüber dem Kleinbürgertum. Es wurde auch eine Schulreform durchgeführt, durch die die geistige Erziehung der heranwachsenden Generation in unserer Hand liegt. Anhand dieser Maßnahmen wird die Entwicklung in der Ostzone deutlich sichtbar. Mir gefällt dieses Leben besser als irgendwo im Ausland, wo die Nazi-Schergen ihre Macht über die unterdrückten Völker zeigen, und es wäre ein Wahnsinn, wenn sie siegen würden.“¹⁴

Auch im sozialen Sektor machten sich Änderungen bemerkbar. Marianne Greuner aus Sachsen vertrat folgende Ansicht: „Ich bin doch froh, dass ich im Osten bin. In sozialen Angelegenheiten sind wir weit voraus. Umsiedler gelten bei uns nicht als Menschen zweiter Klasse. Die Reaktion kann bei uns nicht so wild ins Kraut schießen wie andernorts. Dieser Fortschritt wurde durch das neue Regime erreicht und macht sich bezahlt.“¹⁵

Die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung ging Hand in Hand mit dem Parteaufbau und war eng mit Entnazifizierung und Demokratisierung verbunden. Im Jahr 1945 waren in den ostdeutschen Ländern offiziell vier Parteien aktiv. Im April 1946 kam es auf einem Vereinigungsparteitag der Kommunisten und der Sozialdemokraten zur Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

„Die russische Militärverwaltung hilft uns, wo sie nur kann“, sagte Robert Fischer aus Lübben, „und arbeitet auch mit unserer Partei zusammen [...]. Es gab den Zusammenschluss der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zu einer großen Einheitspartei (SED). Das war meiner Ansicht nach der einzig richtige Weg. Nur eine

¹³ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 404, l. 253.

¹⁴ Ebd., l. 254.

¹⁵ Ebd., l. 261.

starke, einige Partei ist in der Lage, einen aussichtsreichen Kampf gegen die erwachende Reaktion zu beginnen.“¹⁶

Die Tätigkeit der sowjetischen Strukturen auf deutschem Gebiet war einerseits darauf ausgerichtet, den deutschen Bürgern ein besseres Leben zu ermöglichen, andererseits umfasste sie aber auch die Beschlagnahme von Industrieanlagen, Gebrauchsgütern, Transportmitteln und Rohstoffen als Reparationen. Nicht alle Deutschen waren bereit, sich mit dieser Sachlage abzufinden. Die Organe des MGB in Deutschland untersuchten eine Reihe von Sabotageakten gegen die Demontage von Industriebetrieben.

So wurde im Carl-Zeiss-Werk in Jena eine Gruppe von Ingenieuren und Technikern festgenommen, die teure Apparaturen, Instrumente und Geräte vom Firmengelände schaffen wollten. Bei den Ermittlungen sagte einer der Beschuldigten: „Ich wusste, dass die Ausrüstung des Zeiss-Werks früher oder später in die Sowjetunion gebracht würde. Deswegen habe ich ab dem Sommer 1946 mit Ingenieur Schuch verabredet, besonders wichtige Geräte aus dem Werk zu entwenden. Zuvor habe ich mit jedem aus der Gruppe gesprochen und ihnen deutlich gemacht, dass wir die wichtigsten Apparate zur Materialprüfung unbedingt dabethalten müssen und den sowjetischen Behörden keine Möglichkeit geben dürfen, sie zu demontieren.“¹⁷

Jeder Fall von Sabotage oder Vereitelung von Reparationslieferungen seitens der Leitung oder der Mitarbeiter eines Unternehmens wurde eingehend geprüft. Die Ergebnisse der Überprüfungen durch die SMAD wurden dem Bevollmächtigten des MGB in Deutschland berichtet, wobei an den Untersuchungen bisweilen Mitarbeiter der Staatssicherheitsorgane direkt beteiligt waren.

Beispielsweise ging im Dezember 1946 im Operativen Sektor der SMA für das Land Mecklenburg-Vorpommern über den Militärstaatsanwalt der Befehl des Leiters der SMA-Landesverwaltung ein, dass die Führung des Schiffbauunternehmens „Thomsen & Co.“ wegen Vereitelung von Reparationsarbeiten und antisowjetischen Aussagen zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen sei. Nach eingehender Untersuchung fand die Leitung des Operativen Sektors keine Hinweise auf Sabotage in der Tätigkeit der Firmenmitarbeiter, stellte jedoch Unstimmigkeiten bei den Aktivitäten von „Thomsen & Co.“ mit Zulieferfirmen, der Verwaltung für Reparationsleistungen an die SMAD, aber auch technische Störungen der Arbeit fest. Der Tausch von drei Sack Zement durch die Firmenleitung gegen zusätzliche Nahrungsmittel für die Arbeiter konnte nicht als Sabotageakt gewertet werden, und es wurden auch keine antisowjetischen Aussagen festgestellt.

Katastrophen wurden gründlich untersucht. So wurde der Unfall eines Getreidezuges am Bahnhof Geschwitz am 23. Dezember 1946 zuerst für einen Sabotageakt gehalten. Die Untersuchung deckte allerdings eine fahrlässige Ausübung der Dienstpflichten seitens der Eisenbahnverwaltung auf, die einen Zug mit schadhafte Bremsen und einem unerfahrenen Lokführer auf den Weg geschickt hatten, was den Tod von vier Personen zur Folge hatte.¹⁸

¹⁶ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 404, l. 253.

¹⁷ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 402, l. 1–8.

¹⁸ Ebd., l. 13.

Am 6. Januar 1947 weigerten sich mehr als 80 Mitarbeiter des Stralsunder Sägewerks „Wichert & Nachfolger“ zur Arbeit zu gehen. Nach Klärung der Situation stellten die sowjetischen Verwaltungsorgane fest, dass der Grund für die Haltung der Arbeiter in der prekären materiellen Situation bestand: Die Landwirtschaftsabteilung Stralsund hatte ihre Lebensmittelkarten völlig ungerechtfertigt von Kategorie 2 auf 3 (die niedrigste) herabgestuft; zum Arbeitsplatz mussten sie unvollständig bekleidet eine Strecke von 12 km zurücklegen, es mangelte an Werkzeug, und die versprochenen Weihnachtsrationen hatte der Vorarbeiter für sich abgezweigt. Letzten Endes wurde der Firmenleiter Hans Unruh zum für den Streik Hauptverantwortlichen erklärt, der sich nicht für die tatsächliche Situation der Arbeiter interessiert und keine normalen Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen geschaffen hatte.¹⁹

Wie aus MGB-Dokumenten hervorgeht, betrafen negative Äußerungen der Bevölkerung über die Arbeit der sowjetischen Militäradministration hauptsächlich Maßnahmen zur Demontage von Betrieben, unzureichende Verpflegungsnormen sowie Probleme bei der Belieferung mit Fleisch und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Meist wurde über einen Mangel an Nahrungsmitteln geklagt, vor allem in den Städten. Nach Angaben der sowjetischen Nachrichtendienste beanstandete ein großer Teil der Bevölkerung der Länder die Versorgung mit Industriegütern und Lebensmitteln.

Alfons Nastull aus Halle klagte: „Das nächste Jahr wird uns keine Verbesserung bei den Lebensmitteln bringen. Ich fürchte, dass unsere Bauern nicht in der Lage sein werden, das Getreideaufkommen zu erreichen, welches stark erhöht wurde. Die Bevölkerung ist unzufrieden mit den Maßnahmen, die von den russischen Besatzungsbehörden durchgeführt wurden, weil sie unser Getreide nach Frankreich schicken, in Anbetracht dessen, dass die Amerikaner die französische Bevölkerung nicht mit Lebensmitteln versorgen.“²⁰

Hilda Müller aus Meißen sagte: „In der russischen Zone gibt es Fisch anstelle von Fleisch und Eiern, in der amerikanischen Zone ist das nicht der Fall, denn alle Waren, die der Zuteilung unterliegen, werden auch ausgegeben, und Fisch gibt es so viel, dass die Bevölkerung ihn nicht einmal einlöst. Bei uns sind an alledem die sowjetischen Besatzungsbehörden schuld. Die Russen beschlagnahmen alle Lebensmittel und bringen dem deutschen Volk nicht die geringste Erleichterung.“²¹

Einen merklichen Einfluss auf die Stimmung in der deutschen Bevölkerung hatten nicht nur die realen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch eine Reihe weiterer Faktoren.

Erstens wurden von Personen aus dem englischen und amerikanischen Sektor Gerüchte über einen unausweichlichen militärischen Konflikt zwischen Großbritannien, den USA und der UdSSR verbreitet. Zweitens gab es Hassreden gegen die internationalen Friedenskonferenzen von Menschen, die über keinerlei Informationen verfügten, sondern nur darauf aus waren, sowjetischen Politikern die Schuld für jegliches Unglück des deutschen Volkes zuzuschreiben. Drittens versuchten einige Personen, das Volk wegen des Lebensmittelmangels, der ausstehenden Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie

¹⁹ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 402, l. 14.

²⁰ CA FSB Rossii, f. 46, op. 4, d. 178, l. 99.

²¹ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 416, l. 269.

der Herstellung von Material, das teilweise als Reparationsleistung an die Sowjetunion ging, aufzuheben.

Es wurde zum offenen Kampf gegen das Besatzungsregime aufgerufen und über die angeblich unzumutbaren Steuern sowie über die Verschickung von Jugendlichen an einen unbekannten Ort getuschelt; gleichzeitig gab es Loblieder auf das Leben im englischen und amerikanischen Besatzungssektor. Um die Politiker der UdSSR in Deutschland zu diskreditieren, wurden zudem aus dem amerikanischen und englischen Sektor stammende antisowjetische Flugblätter verteilt.

Infolgedessen stützte sich die Meinung der Deutschen über die Situation im Land und das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsbehörden nicht immer auf zuverlässige Fakten, sondern ging häufig auf Gerüchte und offene westliche Propaganda zurück.

Im Juni 1945 wurde ein Deutscher namens Brauntusche mit einem Brief seiner Mutter beim Leiter der Operativen Gruppe des NKVD für den 4. Berliner Bezirk vorstellig, in dem es hieß: „Mir ist zu Ohren gekommen, dass in naher Zukunft, etwa in einer Woche, alle jungen Männer der Stadt Berlin nach Russland gebracht werden. Ich habe zwei Söhne im Alter von 15 und 16 Jahren. Ich habe keinen Mann und all meine Hoffnung liegt nun auf meinem älteren Sohn. Mein Sohn war nie Mitglied in irgendeiner Partei. Ich bitte Sie, mir zu helfen, damit mein Sohn bei mir bleiben kann. Man sagt, das Gerücht, dass die Jugendlichen nach Russland gebracht werden, kommt von Ihnen.“ Eine Überprüfung des im Brief dargestellten Sachverhalts ergab, dass keiner der Vertreter der sowjetischen Behörden über diese Angelegenheit mit der örtlichen Bevölkerung gesprochen hatte, da es überhaupt keine Pläne gab, deutsche Jugendliche nach Russland zu bringen. Die sowjetischen Besatzungsbehörden mussten Aufklärungsarbeit unter den Berlinern durchführen, damit sich diese unbegründeten Ängste nicht in ganz Deutschland verbreiteten.²² Allerdings hielten sich verschiedenste panische Gerüchte in der deutschen Bevölkerung noch lange.

Einen erheblichen Einfluss auf die Stimmung der Berliner hatte auch die Presse der Alliierten. Auf der Titelseite der „Allgemeinen Zeitung“ vom 9. September 1945 wurde unter der großen Überschrift „Amerikanischer Weizen für Deutschland“ ein Bericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Armee abgedruckt. In dem Artikel hieß es, dass im Laufe eines Monats 600 Tonnen Weizen nach Europa importiert und von den englischen, amerikanischen und französischen Behörden an die Zivilbevölkerung der entsprechenden Zonen verteilt würden.

Nach dem Einmarsch der Alliierten in die Besatzungszonen Berlins gingen in diesen Zonen schnell Gerüchte über Vergünstigungen und eine Verbesserung der materiellen Situation der Bevölkerung in der amerikanischen und englischen Zone um. In Gesprächen wurden haltlose Anschuldigungen gegen die Rote Armee erhoben, die angeblich das deutsche Volk vernichten wolle, indem sie ihm Lebensmittel und Gebrauchsgüter wegnehmen würde. Diese Informationen wurden auch von den amerikanischen und englischen Militärs selbst verbreitet. So wurde der Mediziner Professor Walter in einem Berliner Café Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei Militärangehörigen der britischen Armee und einer Gruppe deutscher Frauen: „Die Engländer sprachen lautstark über die fehlende Kultur

²² CA FSB Rossii, f. 67, op. 1, d. 106, l. 146 f.

der Russen und über Fälle, in denen russische Militärbehörden angeblich Lieferungen von Butter und anderen Lebensmitteln beschlagnahmt hätten, die von den britischen Militärbehörden an die hungernde Bevölkerung Berlins geschickt worden seien.“²³

Ende August 1945 fand in der britischen Zone Berlins die erste öffentliche Kundgebung der Christlich Demokratischen Union statt. Der Vorsitzende des Bezirkskomitees der Partei, Even, übte harsche Kritik an den sowjetischen Behörden der benachbarten Zone, an den Kommunisten und an der Roten Armee, wobei er offenbar vergaß, dass die sowjetischen Soldaten unter Einsatz ihres Lebens drei Monate zuvor ganz Europa den Frieden gebracht hatten.²⁴

Es ist vollkommen klar, dass die Aussagen antisowjetisch eingestellter Politiker und Militärangehöriger augenblicklich zu den Einwohnern Ostberlins und der gesamten sowjetischen Besatzungszone durchdrangen und einen „entsprechenden Einfluss auf die Stimmung der Zivilbevölkerung“ ausübten, wie die „Smerš“-Organe anmerkten.

Allerdings gab es neben den positiven Informationen aus den Westzonen ebenso viele negative Nachrichten, die in der Regel in Briefen von Verwandten und Bekannten, die in der britischen oder amerikanischen Zone lebten, enthalten waren. Somit empfanden bei Weitem nicht alle Bewohner der Ostzone das Leben im Westen als unbeschwert und fortschrittlich. Von derartigen Gemütslagen berichteten die Organe der sowjetischen Staatssicherheit auch an die Führung des Landes.

So hieß es in einem Brief der stellvertretenden Oberbürgermeisterin Louise Schroeder: „Hilferuf der Bevölkerung des Bezirks Reinickendorf! Seit Beginn der französischen Besatzung werden Räume und Wohnungen beschlagnahmt. Dadurch verlieren Tausende Deutsche ihre Wohnung und ihr Mobiliar. Das Wort ‚Humanität‘, das von den Franzosen so gerne wiederholt wird, ist zu etwas geworden, das nur dem Namen nach besteht und von den Deutschen als hohle Phrase betrachtet wird. Das erzeugt lediglich Hass und eine neue Welle des Nationalsozialismus.“²⁵

Zweifelsohne gab es einige objektive Faktoren, die das Missfallen der örtlichen Bevölkerung hervorriefen. In erster Linie waren dies rechtswidrige Handlungen von Angehörigen der Roten Armee. Dabei wurde, wie aus Archivdokumenten hervorgeht, jeder derartige Fall von den Strukturen der Gegenspionage und der Militärkommandantur untersucht. Die Organe des MGB in Deutschland reagierten operativ auf alle schriftlichen Beschwerden der deutschen Bevölkerung, und die Schuldigen wurden bestraft. Die Befehle mit den Verkündungen der Urteile des Militärtribunals für Verbrechen von Angehörigen der Roten Armee wurden in der Regel an das gesamte SMAD-Personal weitergegeben. So zum Beispiel im Prozess gegen den Soldaten Savčenko, der eine deutsche Familie ausgeraubt und ermordet hatte und für sein Verbrechen zum Tod durch Erschießen verurteilt wurde; oder im Prozess gegen den Sergeanten Kulik und des Obersergeanten Šmargun, die an Diebstählen beteiligt gewesen waren und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden; und weitere Fälle.²⁶

²³ CA FSB Rossii, f. 67, op. 1, d. 162, l. 83.

²⁴ Ebd., l. 83.

²⁵ CA FSB Rossii, f. 4-os, op. 5, d. 16, l. 264.

²⁶ CA FSB Rossii, f. 46, op. 3, d. 2, l. 35 f.

Mit dem Befehl des Obersten Chefs der SMAD vom Juli 1947 wurde der Kampf gegen Kriminalität, außergewöhnliche Vorkommnisse und unmoralische Erscheinungen in den Einheiten, Einrichtungen und Militärkommandanturen der SMAD verschärft.²⁷

Oftmals versuchten die deutschen Behörden, die auf dem Gebiet ihrer Verwaltungseinheiten entstandenen Probleme den Russen anzulasten und lieferten der örtlichen Bevölkerung damit einen Grund für feindselige Äußerungen gegen die sowjetische Besatzungsmacht. Spontane Kundgebungen der deutschen Bevölkerung blieben seitens der sowjetischen Geheimdienste nicht unbemerkt. Die Gründe für derartige Ereignisse wurden genau untersucht, Zeugen befragt und die daraus gezogenen Schlüsse sowohl den Organen der SMAD als auch den deutschen Behörden mitgeteilt.

So kam es 1947 im Landkreis Pirna im Bezirk Dresden in der Bevölkerung heftiger Unmut aufgrund der schlechten Organisation der Lebensmittelversorgung auf. In einigen Betrieben ergingen Protestresolutionen, die an die Gewerkschaften weitergeleitet wurden. Hauptsächlich ging es in den Beschwerden um den Nichterhalt von Fetten und Kartoffeln. Vertreter der Firmen „Krause“ und „Hemm“ sowie des Kohlenbergwerks aus dem Bezirk Zwickau, Fabrikarbeiter und Hausfrauen wandten sich an den Minister für Versorgung des Landes Sachsen und an den Landrat. Auf den Versammlungen der Arbeitskollektive wurden unbegründete Vorwürfe gegen die Russen erhoben, die angeblich alle Lebensmittel aus dem östlichen Teil Deutschlands mitnahmen. Die Lage verschärfte sich, und die Mitarbeiter der Kreisabteilung des MGB wurden aktiv.

Es konnte ermittelt werden, dass die Kartoffeln gemäß den festgelegten Normen in vollem Umfang an die Bevölkerung ausgegeben worden waren. Jedoch hatte das Kreiskomitee der SED einen Fehler begangen und den Bürgern einen zusätzlichen Zentner Kartoffeln pro Person versprochen, ohne über die entsprechenden Möglichkeiten zu verfügen. Nachdem sie von den Parteiführern derartige Zusicherungen erhalten hatten, wollten die Bürger um jeden Preis das bekommen, was ihnen zustehe. Schwieriger erwies sich die Situation in Bezug auf die fehlende Butter. Die von der sächsischen Regierung zur Ausgabe vorgesehenen Fette waren für die angekommenen Umsiedler aufgebraucht worden. Das Kreiskomitee der SED wie auch der Landrat reagierten nicht auf die zahlreichen Beschwerden der Kreisbevölkerung, unternahmen keinen Versuch, sich untereinander abzusprechen, um dieses Problem zu lösen und ließen die Situation dadurch außer Kontrolle geraten. Eine Intervention der MGB-Abteilung veranlasste die Behörden und Parteistrukturen in Sachsen dazu, verschiedene Möglichkeiten auszuloten und Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in geregelte Bahnen zu lenken.²⁸

Behindert wurde die normale wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch Korruption und Gesetzesverstöße vonseiten der örtlichen Beamten. Die Organe des MGB in Deutschland schrieben: „Ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung ist mit der bei den Institutionen der deutschen Selbstverwaltung herrschenden Situation unzufrieden, vor allem dort, wo es Amtsmissbrauch, Sabotage und Vorherrschaft des feindlichen Elements gibt.“²⁹ Beispielsweise wurde festgestellt, dass von der Polizei der Stadt Chemnitz

²⁷ CA FSB Rossii, f. 46, op. 3, d. 2, l. 296–299.

²⁸ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 404, l. 283–288.

²⁹ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 416, l. 264.

alle auf dem Schwarzmarkt konfiszierten Wertgegenstände und Sachen, die der Bewertung und Überstellung an deutsche Geschäfte zum Verkauf an die Bevölkerung unterlagen, zwischen den Polizisten und dem Bürgermeister aufgeteilt wurden.³⁰

Die Deutschen beschwerten sich: „Ebenso schlecht benehmen sich die Parteiführer der SED: Sie haben sich Autos gekauft, gute Wohnungen bezogen und fahren mit ihren Sekretärinnen durch die Stadt, während die Bevölkerung wegen Benzinmangels keine Lebensmittel geliefert bekommt. Die Arbeiter sagen, dass unsere Führer völlig vergessen haben, dass auch sie einmal Arbeiter waren und genauso weitemachen, wie früher die Nazis.“³¹

Die Organe des MGB in Deutschland merkten an, dass es „zudem spezifische Fakten gibt, die nur für einzelne Länder oder den sowjetischen Sektor Berlins charakteristisch sind“. Als Beispiel wurde eine Statistik zu „negativen Reaktionen“ in Thüringen angeführt. Die sowjetischen Organe hielten die historische Vergangenheit Thüringens für den Grund der Unzufriedenheit seiner Bevölkerung. So habe die nationalsozialistische Partei auf dem Gebiet Thüringens 1942 rund 670.000 Mitglieder gezählt; 98 % des Führungspersonals im Staatsapparat, der Lehrer und Ärzte habe aus Nationalsozialisten bestanden, von 400.000 Jugendlichen seien 300.000 in der „Hitlerjugend“ gewesen, die in Thüringen entstanden sei. Nach Ansicht der sowjetischen Behörden, „hinterließen die ausschließlich breit angelegte, jahrelange faschistische Propaganda und die massenhaften Eintritte der Bevölkerung in die NSDAP in den Köpfen der Deutschen eine tiefe Spur der faschistischen Ideologie, zu deren endgültiger Eliminierung vonseiten der neuen demokratischen Kräfte enorme Anstrengungen unternommen werden müssen.“³²

Die internationale Lage sowie die wirtschaftliche Entwicklung befanden sich im Zentrum der Aufmerksamkeit der deutschen Bevölkerung. Die deutschen Bürger diskutierten lebhaft über die Tätigkeit und die Entscheidungen des Rats der Außenminister, eines Organs, das 1945 auf Beschluss der Potsdamer Konferenz eingerichtet worden war und aus den Außenministern der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas bestand.

Die Deutschen hatten die Abkühlung der Beziehungen zwischen den Alliierten bereits während der ersten Außenministerkonferenz in London (11. September bis 2. Oktober 1945) wahrgenommen. Die zweite Konferenz, die vom 25. April bis zum 16. Mai 1946 in Paris stattfand, wurde zu einer Arena der scharfen und intensiven diplomatischen Auseinandersetzungen unter dem ökonomischen und politischen Druck der USA und Englands auf die Länder Osteuropas. Aus dem Operativen Sektor für Berlin sowie anderen Sektoren wurde berichtet, dass die Auftritte von Molotov und Vyšinskij in unterschiedlichen Kreisen diskutiert wurden: unter Arbeitern, Intellektuellen und Studenten. „Der Großteil der demokratischen Schichten der deutschen Bevölkerung“, schrieben die MGB-Organen, „glaubt an einen positiven Ausgang“, obwohl es auch negative Einschätzungen gab, die die Londoner Beratungen sowie die darauf folgenden Konferenzen für einen Betrug am

³⁰ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 416, l. 274.

³¹ Ebd., l. 275.

³² CA FSB Rossii, f. 46, op. 5, d. 4, l. 198 f.

deutschen Volk, für eine Farce und den Ausdruck des Strebens der UdSSR hielten, sich deutsche Gebiete einzuverleiben.

Die Organe des MGB in Deutschland zitierten die deutsche Bevölkerung im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Rats der Außenminister häufig und übermittelten Auszüge solcher Unterhaltungen an die Zentrale. Die aussagekräftigsten Äußerungen sind in den allgemeinen Analysedokumenten der 2. Verwaltung des MGB der UdSSR für die sowjetische Führung enthalten: „Amerika hat von allen Staaten das geringste Interesse an einem geeinten Deutschland“, sagte Günther Wittker, Student an der medizinischen Fakultät der Berliner Universität. „Die Forderung Russlands, nicht alle kleinen Staaten an der Prüfung des Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland mitwirken zu lassen, halte ich für richtig, da die unter amerikanischem Einfluss stehenden kleinen Staaten einer Annahme der sowjetischen Vorschläge im Wege stehen würden. Von allen Delegationen nimmt die sowjetische am ehesten die Interessen des deutschen Volkes wahr. Es ist traurig, dass wir Deutschen nicht unsere Meinung äußern dürfen, um irgendeinen Einfluss auf die Londoner Konferenz auszuüben.“³³

Der Chefredakteur der Zeitung „Der Kurier“, Paul Bourdin, sah keine Perspektive für die Tätigkeit des Rats der Außenminister: „Die Leute irren sich, wenn sie denken, dass die Konferenz in London entweder zu einer Katastrophe oder zur Einheit Deutschlands führen kann. Die Konferenz wird weder zum einen noch zum anderen führen, sondern zu einem faulen Kompromiss. Wenn sie theoretisch denken, dass es ohne Katastrophe oder Krieg unmöglich weitergehen kann, findet die Realität trotzdem den notwendigen Ausweg.“³⁴

Doch am häufigsten wurden in allen Schichten der deutschen Gesellschaft die Ausichten auf eine Vereinigung Deutschlands diskutiert, die den Deutschen mit jeder neuen Sitzung des Rats der Außenminister fern und unerreichbar zu erscheinen begann. „Es ist furchtbar, wenn man hört oder liest, dass Deutschland geteilt werden soll“, sagte der Arzt Dr. Schleif aus Halle-Dölau voller Entrüstung, „und dass sich Gruppen und Grüppchen bilden, die nur ihren eigenen Profit im Sinn haben und nicht an das Gemeinwohl denken. Nur die Einheit kann uns stark machen. Die Einheit kann nur dann erreicht werden, wenn jeder einzelne so handelt, als ob das Schicksal des Volkes auf seinen Schultern liege.“³⁵

„Inzwischen wird immer klarer, dass Deutschland wirtschaftlich und politisch in einen Ost- und einen Westteil geteilt wird. Wenn mit beiden Teilen Deutschlands jeweils ein separater Frieden geschlossen wird, werden die Zonengrenzen nicht nur nicht hinfällig, sondern wesentlich gefestigt und in echte Staatsgrenzen übergehen, die jede Möglichkeit der freien Bewegung der deutschen Bürger von einem Teil des Landes in den anderen ausschließen. Um die Gunst der deutschen Bevölkerung in Westdeutschland zu gewinnen, wird Amerika Westdeutschland aus ökonomischen und politischen Motiven verschiedene wirtschaftliche Privilegien gewähren: Kredite, Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln. Dadurch verstärkt Amerika die reaktionären Kräfte, was die Verbreitung unserer sozialistischen Ideen in der deutschen Bevölkerung Westdeutschlands erschwert oder

³³ CA FSB Rossii, f. 46, op. 4, d. 185, l. 3.

³⁴ Ebd., l. 4.

³⁵ CA FSB Rossii, f. 4-os, op. 5, d. 12, l. 475.

unmöglich macht. Das ist eine große Gefahr für uns.“ (Äußerung des Thüringer Regierungsmitglieds Böhme).³⁶

Man kann nicht eindeutig sagen, dass die Umgestaltungen im Deutschland der Nachkriegszeit erfolgreich oder erfolglos waren, genauso wenig, wie man behaupten kann, die deutsche Bevölkerung hätte die sowjetischen Behörden voll unterstützt oder ihr absolutes Misstrauen entgegengebracht. Jeder Deutsche hatte – ausgehend von seinen Bedürfnissen, seinem Wohlstand, seinen politischen Neigungen und anderen Faktoren – seine eigene Sicht der Dinge. Dies wird auch durch das Datenmaterial der Organe des MGB der UdSSR über die Stimmung in den verschiedenen Schichten der deutschen Bevölkerung bestätigt. Jedoch lässt sich auf Grundlage dieser Dokumente der Schluss ziehen, dass ein Großteil der deutschen Bürger die Bemühungen der einzelnen sowjetischen Verwaltungen, das Leben im Land zu normalisieren, unterstützte und nicht darauf aus war, die Schuld für die Schwierigkeiten – Lebensmittelmangel, Wohnungsprobleme, materielle Unterversorgung – der sowjetischen Besatzungsmacht zuzuschieben. Viel häufiger sahen die Deutschen den Erfolg in ihrer Arbeitsproduktivität und in der persönlichen Verantwortung jedes Einzelnen für den zukünftigen Staat.

Günter Fischer aus Schwerin schrieb seiner Mutter nach Österreich: „Im Schnitt dauert mein Arbeitstag 12 Stunden. Aber wir wissen, wofür wir arbeiten und daher werden wir, wenn es sein muss, auch noch mehr arbeiten. Gegen alle, die denken, dass sie unseren friedlichen, gesunden Wiederaufbau zunichtemachen können, bringen wir die elementare Kraft unserer Arbeit in Stellung. Und ich bin fest überzeugt, dass all diese Störenfriede sich an ihr die Köpfe einrennen werden. Mit Stolz können wir auf die Erfolge blicken, die wir seit Kriegsende in allen Lebensbereichen errungen haben, ohne irgendwelche Schulden zu machen oder in eine wie auch immer geartete Abhängigkeit von einer fremden Macht zu geraten. Zwar hat uns die Sowjetunion tausend Traktoren und einige hundert Lastwagen zur Verfügung gestellt, damit sich unsere Wirtschaft wieder erholen kann. Aber die Zahlungsbedingungen dafür sind absolut reell und ehrlich.“³⁷

Ein Einwohner der Stadt Auerbach schrieb an seine in New York lebenden Verwandten: „Insgesamt ist die Lage in unserer Zone nicht so, wie man bei euch schreibt. Ich will dir berichten, wie sich die Russen bei uns benehmen. Wir begegnen ihnen recht selten und in Auerbach gibt es sehr wenige. Glaubt mir, wir haben noch nicht das Geringste davon gespürt, dass wir unter Besatzung leben. Trotz aller Entbehrungen, die wir derzeit ertragen müssen, wollen wir keine nationalsozialistische Regierung mehr. Bei uns herrscht wieder volle Freiheit, genau wie vor dem Krieg. Bestimmten Kreisen gefällt das natürlich nicht. Wir glauben und wissen auch genau, dass die Russen uns helfen werden. Aber wir sind noch nicht so weit, alle Schädlinge unserer Wirtschaft zu vernichten. Dennoch gehen die Dinge gut voran und wir hoffen, dass unsere Leiden bald ein Ende haben werden.“³⁸

Im August 1949 erstellten die MGB-Organen in Deutschland einen detaillierten und ausführlichen Bericht über die politische Stimmung der Bevölkerung in der SBZ Deutschlands. Als Grundlage dienten Aussagen von Bürgern über verschiedene Ereignisse im In-

³⁶ CA FSB Rossii, f. 4-os, op. 5, d. 18, l. 42.

³⁷ CA FSB Rossii, f. 46, op. 5, d. 3, l. 304 f.

³⁸ CA FSB Rossii, f. 46, op. 6, d. 422, l. 223.

und Ausland.³⁹ Die wesentliche Schlussfolgerung aus diesem Dokument war die wachsende Autorität der Sowjetunion bei der deutschen Arbeiter- und Bauernklasse.

Als Beispiele für die „positiven Veränderungen“ im Bewusstsein der Arbeiter und Bauern und ihrer „neuen Beziehung zur Arbeit“ wurden folgende Fakten genannt. „Die Arbeiter in einigen Industriebetrieben der Zone erfüllen in Rekordzeit die industriellen Aufgaben, bleiben bisweilen Tag und Nacht im Betrieb, ohne Bezahlung – für den Fonds des Zweijahrplans – und setzen an den Wochenenden Industriearüstungen instand.“ Seitens der Bauern wurde „eine systematische Ausführung der landwirtschaftlichen Lieferungen und ein bedeutender Rückgang von Fällen offenen antisowjetischen Auftretens und feindseliger antidemokratischer Äußerungen“ verzeichnet.⁴⁰

Verglichen mit den Jahren 1947 und 1948 verbesserte sich die Stimmung in allen Schichten der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf die materielle Situation. Die MGB-Organen schrieben: „Während die Unzufriedenheit mit der Lebensmittelversorgung in den Jahren 1947 und 1948 in einigen Fällen die Grenze passiver Reaktionen überschritt und in Hungerdemonstrationen mündete (1947 und 1948 in den Städten Schönebeck, Arnstadt, Rudolstadt, Kranichfeld, Schkeuditz u. a.), gibt es solche Sachverhalte 1949 schon nicht mehr, und die Beschwerden über schlechte Ernährung gingen merklich zurück.“⁴¹

Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Die Teilung des Landes, die schon die letzte Pariser Konferenz des Rats der Außenminister nicht mehr hatte verhindern können, hatte nun ihren Abschluss gefunden. Grundlegende Veränderungen im Leben der Deutschen fanden erst Jahrzehnte später statt – Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre – dem Zeitpunkt, seitdem die Trennung Deutschlands der Vergangenheit angehört. Jedoch bekam der wiedervereinte Staat in vollem Umfang den Einfluss des Erbes zu spüren, das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden war, als die Siegermächte das Land in zwei entgegengesetzte Lager geteilt hatten. Wichtig für die Aufarbeitung der Geschichte Deutschlands in den Nachkriegsjahren ist heute eine Analyse aller Aspekte der Politik der Besatzungsmächte, wofür eine Untersuchung der Stimmung in allen Schichten der deutschen Gesellschaft im entsprechenden Zeitraum eine unabdingbare Voraussetzung ist.

³⁹ CA FSB Rossii, f. 46, op. 5, d. 4, l. 190–193.

⁴⁰ Ebd., l. 185 f.

⁴¹ Ebd., l. 190 f.